



Mag.ª Birgit Lanner

Leiterin des Büros der Behindertenanwaltschaft

Birgit Lanner leitet seit 2011 das Büro der Behindertenanwaltschaft, das zur Führung der laufenden Geschäfte des Behindertenanwaltes beim Sozialministerium eingerichtet ist.

Birgit Lanner wurde 1978 in Graz geboren und ist seit 2003 im Sozialministerium tätig. Sie ist Juristin, ausgebildete Mediatorin und verfügt über mehrere Schwerpunktausbildungen der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien (u.a. Medizinrecht).



BEHINDERTENANWALT
DR. ERWIN BUCHINGER
FÖRDERUNG DER RECHTE



BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT, SOZIALES
UND KONSUMENTENSCHUTZ



Herausforderungen und Weiterentwicklung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Die Menschenrechte und das Thema Gleichstellung haben in den letzten 10 Jahren besondere Bedeutung erlangt und einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik herbeigeführt. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen stellt als Querschnittsmaterie eine besondere Herausforderung dar, weil sie als solche alle Lebensbereiche umfasst. Die Erfahrungen der Behindertenanwaltschaft zeigen, dass weitere Maßnahmen und Initiativen sowie rechtliche Normen, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Bildung und Barrierefreiheit, vonnöten sind, um zukünftig die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

Um der hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen bzw. deren teilweise bestehender mangelnden sozialversicherungsrechtlichen Absicherung entgegenzuwirken, sind arbeitsmarktpolitische Anstrengungen erforderlich. Auch die inklusive Bildung von Menschen mit Behinderungen muss weiter vorangetrieben werden, da nicht zuletzt ein höherer Bildungsabschluss die Chancen am Arbeitsmarkt verbessert. Durch das Auslaufen der Übergangsbestimmungen im Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz rückt das Thema „Barrierefreiheit“ beim Zugang zu und der Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen (zB. Öffentlicher Verkehr, Geschäftslokale und Freizeiteinrichtungen) in besonderer Weise in den Blickpunkt. Hierbei bedarf es insbesondere einer intensiveren Bewusstseinsbildung und vor allem legislativer Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung für Menschen mit Behinderungen.

